



FRAGE

Die Lage in Griechenland spitzt sich weiter zu. Die mit der Troika vereinbarten Defizitziele wird das krisengeschüttelte Land in diesem und dem kommenden Jahr verpassen. An den Finanzmärkten wachsen daher die Zweifel, dass Griechenland seine Kredite bedienen kann.

Wie schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit ein, dass Griechenland seine Verpflichtungen in den kommenden 3, 6 oder 12 Monaten voll umfänglich bedienen kann?

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Auf drei Monate: In der kurzen Frist wird die Troika die nächste Tranche freigeben. *Auf sechs Monate:* Je länger die Zeit ist, desto eher steigt die Bereitschaft der anderen Länder, Griechenland zahlungsunfähig werden zu lassen. *Auf zwölf Monate:* Langfristig wird Griechenland seine Schulden um mindestens die Hälfte kürzen.

Dr. Dirk H. Ehnts Am Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg:

Auf drei Monate: Die Troika wird die Griechen ziemlich sicher nicht in die Pleite schicken, denn sonst droht Europa ein "Lehman Brothers"-Moment.

Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Auf drei Monate: Das kommt darauf an, ob weiter Geld der Troika fließt. *Auf sechs Monate:* Die Wahrscheinlichkeit wird immer geringer. *Auf zwölf Monate:* Das kommt wieder darauf an, ob dann immer noch Geld der Troika fließt. Selbst kann sich Griechenland dauerhaft nicht finanzieren. Die Pleite ist nur aufgeschoben.

Prof. Dr. Jörg Schimmelfennig Lehrstuhl für Theoretische und Angewandte Mikroökonomik, Ruhr-Universität Bochum:

Auf drei Monate: Sparprogramme können offensichtlich in Griechenland nicht durchgesetzt werden

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Auf drei Monate: Es wird sicherlich eine Regelung geben, die es Griechenland ermöglicht, seinen Verpflichtungen nachzukommen. *Auf sechs Monate:* Früher oder später wird man eine erneute Umschuldung machen müssen.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Auf drei Monate: Die Eurogruppe hat sich politisch derart festgelegt, dass genügend Geld für die nächsten drei Monate verfügbar gemacht werden kann. Ich gehe davon aus, dass mit "voll umfänglich" 100% minus 21% bereits beschlossenen Haircut gemeint ist. *Auf sechs Monate:* Der kommende Konjunkturerinbruch wird die (schöngefärbten) Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung in Griechenland unerfüllbar machen. *Auf zwölf Monate:* Wie nach sechs Monaten, nur: a fortiori.



Prof. Dr. Siegfried Franke Abteilung theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Stuttgart:

Auf drei Monate: Ich nehme doch an, dass - gleich, was die Troika herausfindet - die Staats- und Regierungschefs der Eurozone eine Begründung finden, um weitere Tranchen nach Athen zu überweisen. *Auf sechs Monate:* Die Eurostaaten brauchen noch Zeit, um einen - vermutlich jetzt doch näher rückenden Schuldenschnitt - umzusetzen. *Auf zwölf Monate:* Erstens: Athens Wirtschaftsdaten werden das kaum mehr ermöglichen. Und in Jahresfrist wird man einem Schuldenschnitt vermutlich näher gerückt sein.

Prof. Dr. Bruno Schöfeld Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Auf drei Monate: Dass es aus eigener Kraft nicht geht, ist bekannt. Maßgeblich ist die Bereitschaft Deutschlands und damit unserer Regierungskoalition, weiter zu zahlen - und dafür vom Wähler abgestraft zu werden. Die schwindet sichtlich. *Auf sechs Monate:* Die Krise spitzt sich immer weiter zu.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Auf drei Monate: Aus eigener Kraft ist eine Rückzahlung unmöglich; eine Rückzahlung erfolgt nur mit Mitteln der Rettungsschirme *Auf sechs Monate:* Rückzahlung nur mit Mitteln der Rettungsschirme möglich. *Auf zwölf Monate:* Bis dahin werden auch die Politiker erkennen, dass eine Staatsinsolvenz erforderlich ist.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Auf drei Monate: Mit einiger Wahrscheinlichkeit wird Griechenland - noch - liquide gehalten. *Auf sechs Monate:* Die Bereitschaft, Griechenland zu finanzieren, wird abnehmen.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Auf drei Monate: Die Staaten der Eurozone haben mit den Beschlüssen ihrer nationalen Regierungen und Parlamente demonstriert, dass der EFSF vollumfänglich wirksam werden wird. Deshalb ist ein kurzfristiger Zahlungsausfall Griechenlands sehr unwahrscheinlich. *Auf sechs Monate:* 3 und 6 Monate machen keinen großen Unterschied. Die Aufstockung des ESFS langt vollständig aus. Dramatisch wird es erst, wenn Italien oder Spanien in Schwierigkeiten geraten sollten. *Auf zwölf Monate:* Hier schätze ich die Wahrscheinlichkeit eines Zahlungsausfall nach wie vor als niedrig ein, wenngleich etwas höher als kurzfristig, da nicht abzusehen ist, wie Griechenland selbst die Lage meistern wird. Kommt das Land nicht aus der Rezession heraus, könnte es eng werden, denn das ganze Sparen nützt dann nichts.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Auf drei Monate: Ein Default ist derzeit nicht ausreichend vorbereitet. Insofern werden alle Beteiligten alles tun, ihn kurzfristig noch zu vermeiden. Die Troika-Drohung, die nächste Tranche an Griechenland zu verweigern, ist gänzlich unglaubwürdig. Aus Angst vor einem ungeordneten Zahlungsausfall würden EU/IWF/EZB in Griechenland eigentlich sogar darum betteln, dass die Griechen den neuen Kredit annehmen. *Auf sechs Monate:* Mit dem Zeithorizont wird der Default wahrscheinlicher, weil sich viele Akteure derzeit auf diesen Fall vorbereiten. Je weiter die Vorbereitungen fortgeschritten, desto wahrscheinlicher wird es.



Dr. Jörg Zeuner Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Auf drei Monate: Griechenland wird mithilfe öffentlicher Unterstützung seinen Verpflichtungen so lange nachkommen, wie es keinen Plan für die Zeit nach einem griechischen Default gibt, vor allem für die europäischen Banken.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Auf drei Monate: Ein Schuldenschnitt für Griechenland ist unausweichlich, die Weichen dafür werden inzwischen auch von der Bundesregierung gestellt. *Auf sechs Monate:* Wir werden wahrscheinlich noch in diesem Jahr einen Schuldenschnitt für Griechenland sehen.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Auf drei Monate: Das ist eine politische Entscheidung. Griechenland kann allein gar nichts mehr bedienen.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Auf drei Monate: Die griechischen Zahlen und Angaben sind stets geschönt, um Finanzhilfen abzugreifen. Das "moral hazard"-Spiel wird weiter betrieben – es gibt eine "rent-seeking"-Mentalität. *Auf sechs Monate:* Die Politik wird jede Unterstützung gewähren und jeden Preis zahlen – eine Insolvenz wäre der Traum der griechischen Politiker (die "Oligarchen" könnten wieder aus dem Vollen schöpfen) und ein Problem der Ehre und des Stolzes der Bevölkerung. Die politische Instabilität in Griechenland würde steigen. *Auf zwölf Monate:* Griechenland verfügt über ausreichend Sicherheiten, um diese dann einsetzen zu können (einige Staaten werden drauf dringen und sich nicht wie Finnland jetzt von der EU "leimen" lassen).

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Auf drei Monate: So kurzfristig wird es die Politik zu keinem - jetzt vermutlich noch eher unkontrollierten - Ausfall bzw. Schuldenschnitt kommen lassen *Auf sechs Monate:* Auf längere Sicht glaube ich, dass es zu einem "politisch begleiteten", d.h. von der Politik in seinen Konsequenzen für kontrollierbar gehaltenen, Schuldenschnitt in Griechenland kommt. Ob das bereits innerhalb der nächsten sechs Monate sein wird, ist offen. Die Wahrscheinlichkeit steigt aber mit der Länge des betrachteten Zeithorizonts.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Auf drei Monate: Drei Monate wird man sich vielleicht noch durchwursteln können

Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Auf drei Monate: Griechenland wird seinen Verpflichtungen mit hoher Sicherheit nachkommen, weil andere (insbesondere wir) dafür einstehen werden. Wäre die Frage, ob Griechenland dies aus eigener Kraft schaffen kann, wäre die Wahrscheinlichkeit eher bei 0-10%.



Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Auf drei Monate: Wahrscheinlich werden die zugesagten Mittel der Troika auch ausgezahlt, so dass das Land seinen Verpflichtungen noch nachkommen kann. *Auf sechs Monate:* Vielleicht reichen die Mittel insgesamt noch für ein halbes Jahr. *Auf zwölf Monate:* Innerhalb des nächsten Jahres ist m.E. das Land wirtschaftlich und politisch dermaßen erschöpft, dass es zahlungsunfähig wird - es sei denn, die Troika führt weitere Mittel von außen zu.

Prof. Dr. Stefan Traub Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Bremen:

Auf drei Monate: Griechenland ist längst insolvent.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Auf drei Monate: Auf dem Euro-Sondergipfel (21.7.) wurde die Privatsektorbeteiligung (PSI) beschlossen. Damit ist eine voll umfängliche Bedienung hinfällig.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Auf drei Monate: Es werden beide Augen zugedrückt. *Auf zwölf Monate:* Die Risiken eines "unfreiwilligen" Zahlungsausfalls sind so hoch, dass die EU dies zu vermeiden versucht.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Auf drei Monate: Die realen Bedingungen haben sich weiter verschlechtert. *Auf sechs Monate:* Griechenland kann auch mittelfristig keine höheren Einnahmen generieren *Auf zwölf Monate:* Die Verschlechterung der Weltkonjunktur wird Griechenland zusätzlich gefährden.

Dr. Eckhard Wohlers Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut, (HWWI):

Auf drei Monate: Angesichts der - schon wegen der drastischen Sparmaßnahmen zu erwartenden - deutlichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage wird Griechenland aus eigener Kraft nicht in der Lage sein, seinen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang nachzukommen.

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Auf drei Monate: Ein Default ist nicht mehr abzuwenden. Die Frage ist nur, wann ist der geeignete Zeitpunkt. Für die Stimmung der Weltwirtschaft wäre es wichtig, dass dieser Zeitpunkt schnell kommt. Das realisiert mittlerweile auch die Politik. *Auf sechs Monate:* Innerhalb der nächsten 6 Monate wird der Default (oder die "Resolvenz") hinter uns liegen *Auf zwölf Monate:* Nach dem Default werden die Zahlungen wieder sicher geleistet werden.

Prof. Dr. Uwe Walz Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Industrieökonomie, Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt:

Auf drei Monate: Eigentlich wäre die richtige Antwort 0%, da Griechenland schon seit langem nicht mehr zurückzahlt, ganz im Gegenteil sogar neues Geld zur Finanzierung des Primärdefizites bekommt.



Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Auf drei Monate: Angesichts der politischen Situation gelingt es Griechenland nicht!

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Auf drei Monate: In den nächsten drei Monaten sehe ich keine Probleme. Die Tranche von 8 Mrd. Euro, die gerade von der Troika genehmigt wurde, wird so lange reichen. Danach deutet alles darauf hin, dass ein Schuldenschnitt erfolgen muss.

Prof. Dr. Paul Schmidt Leiter Centre for Financial Economics, Frankfurt School of Finance & Management:

Auf drei Monate: Wenn Finanzhilfen von IWF, EU und EZB weiter fließen, wird es keine Zahlungsausfälle geben. Aus eigener Kraft kann Griechenland jedoch seinen Schuldendienst schon seit 2010 nicht mehr leisten. *Auf zwölf Monate:* Unter Berücksichtigung der in 2012 anstehenden Zins- und Tilgungszahlungen ist eine Schuldenrestrukturierung nach meiner Auffassung nicht mehr länger aufzuschieben, wenn das Krisenmanagement von EU, EZB und IWF nicht völlig unglaubwürdig werden soll.

Dr. Justina A.V. Fischer Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Auf drei Monate: Ohne die bisherigen Rettungsmaßnahmen könnte Griechenland schon jetzt seine Kredite nicht mehr bedienen. Da ein Wunder mit geringer Wahrscheinlichkeit angesetzt werden kann, wird die Zahlungsfähigkeit vom jetzigen Rettungsschirm abhängen, den die Slowakei erst einmal erfolgreich blockiert hat. Die Wahl ist also entweder 100% oder 0%. Da ich eine politische Lösung für möglich halte: 100%. Um es noch einmal zu betonen: Wichtig ist hier der angenommene Zeithorizont von 3 Monaten. *Auf sechs Monate:* Die zugrunde liegende Frage ist, wie lange reicht das Geld vom Rettungsschirm (Stand 12. Oktober 2011)? Wie schnell wird ein anschließender abgeschlossen werden (können), oder sinkt die politische Akzeptanz dessen so, dass eine geordnete Insolvenz Griechenlands vorgezogen werden wird? *Auf zwölf Monate:* Ich persönlich rechne mittlerweile mit der Lösung "geordnete Insolvenz" aus mehreren Gründen: sinkende Akzeptanz der Bürger in reicheren Rettungsschirmstaaten für weitere Zahlungen, weltweite Rezession, Fundamentaldaten Griechenlands passen nicht zu den anderen Euro-Ländern und Änderung derselben benötigt etwa 10 Jahre.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Auf drei Monate: Mit den Hilfgeldern kann weiter durchgewurschtelt werden. *Auf zwölf Monate:* Das griechische Problem ist und bleibt ein strukturelles. Ohne Entschuldung (und Abwertung) wird Griechenland Jahrzehnte am Tropf europäischer Steuergelder hängen. Irgendwann werden die anderen Staaten das nicht mehr leisten wollen.

Prof. Dr. Bernd Wilfling Lehrstuhl für Nationalökonomie, insbesondere Wirtschaftstheorie, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Auf drei Monate: In den kommenden 3 Monaten aufgrund von Zahlungen anderer Länder und Institutionen könnte es klappen. Danach wird es schwierig.



Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Auf sechs Monate: In Ländern, die Unterstützungszahlungen leisten, bauen sich allmähliche immer mehr Widerstände auf. *Auf zwölf Monate:* In Ländern, die Unterstützungszahlungen leisten, bauen sich allmähliche immer mehr Widerstände auf und finden auch in der Politik Gehör.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Auf sechs Monate: Die anhaltende Rezession wird die Steuereinnahmen verringern.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Auf zwölf Monate: Langfristig wird die Politik einsehen müssen, dass Griechenland insolvent ist. Wann das geschieht, weiß niemand genau.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Auf zwölf Monate: Das wäre nur möglich, wenn sich herausstellen würde, der gesamte Peloponnes bestünde aus Gold oder Platin.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Auf sechs Monate: In der kurzen Frist mögen sich Möglichkeiten zur Bedienung der Verpflichtungen durch finanzpolitische Geschicklichkeit eröffnen, aber nachhaltig ist das nicht. *Auf zwölf Monate:* Das Land ist überfordert. Selbst bei großer Entschiedenheit - die ich nicht sehe -, den Verpflichtungen nachzukommen, würde Griechenland es nicht schaffen.

Prof. Monique Ebell, Ph.D. Juniorprofessur für Makroökonomie und Finanzmärkte, Humboldt-Universität zu Berlin:

Auf drei Monate: Griechenland kann möglicherweise noch kurzfristig seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen, mittel- bis langfristig wird es aber einer Umstrukturierung bedürfen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Auf drei Monate: Die strukturelle Schwäche Griechenlands, die sich verschlechternde Konjunktur im Lande und der angesprochenen Maßnahmen zur Sanierung des Budgets wird Griechenland auf absehbare Zeit hin noch weniger zahlungsfähig sein, als bisher. So kann es bestenfalls zu Teilzahlungen kommen. Besser wäre darum ein Schuldenmoratorium.

Prof. Dr. Dirk Sauerland Lehrstuhl für Institutionenökonomik und Gesundheitssystemmanagement, Universität Witten-Herdecke:

Auf drei Monate: Kurzfristig werden noch Mittel zur Verfügung gestellt.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Auf drei Monate: Das hängt eigentlich nur von der Troika ab, bzw. davon, ob es andere politische Lösungen gibt.

FRAGE

Innerhalb der EU mehren sich angesichts der Lage in Griechenland Stimmen, die eine höhere freiwillige Beteiligung der privaten Banken als bislang geplant fordern. Danach sollen sie auf 50 Prozent ihrer Forderungen verzichten statt der im Juli zunächst vereinbarten 21 Prozent. Halten Sie eine solche höhere Beteiligung des privaten Sektors für richtig?

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Das wäre wünschenswert, weil ursachengerecht, ist aber offenbar politisch nicht gewünscht.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Die "echte" Alternative wäre ja die Insolvenz Griechenlands. Dann dürften kaum 50% der Forderungen noch reingeholt werden können.

Dr. Dirk H. Ehnts Am Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg:

Der Finanzsektor muss wohl weiterhin staatlich gestützt werden. Für den Steuerzahler wäre es ziemlich egal, wie die Verluste sozialisiert werden. Gleichzeitig spricht alles gegen die Wiederholung des Fehlers von Hank Paulson, der die Eigenkapitalgeber bei der Verstaatlichung von Fannie Mae und Freddie Mac nicht entschädigt hat. Wenn Eigenkapital in den Banken nach Bankrott und Verstaatlichung mit null entlassen wird, dann wird niemand aus dem privaten Sektor in Banken investieren. Das würde den LIBOR dann wieder in die Höhe treiben, bis der Staat mit Garantien einspringt. Diese Lektion haben wir ja schon hinter uns.

Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Die Banken sollten in der Nähe der aktuellen Marktpreise abgefunden werden. Allerdings sind das nicht 50% pauschal. Der Kurswert der Anleihen hängt natürlich von Laufzeit und Nominalzins ab und ist ganz unterschiedlich.

Prof. Dr. Jörg Schimmelpfennig Lehrstuhl für Theoretische und Angewandte Mikroökonomik, Ruhr-Universität Bochum:

Es sollte sogar noch mehr sein - und die Frage ist falsch gestellt: Es sollte nicht heißen, in welcher Höhe sich Banken beteiligen, sondern in welcher Höhe sich der Steuerzahler an der de facto Subventionierung von Banken beteiligen soll.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Die 21% sind ja nicht wirklich 21% und es kann nicht sein, dass im Sekundärmarkt griechische Anleihen mit einem größeren Abschlag gehandelt werden, als man den Banken abverlangt. Bei der lateinamerikanischen Schuldenkrise wurde durch den Brady-Plan sichergestellt, dass der Schuldenerlass ungefähr so groß war wie der Abschlag auf dem Sekundärmarkt.



Prof. Dr. Joachim Wilde Lehrstuhl für Ökonometrie und Statistik, Universität Osnabrück:

Im Augenblick fehlt noch der Ordnungsrahmen, um eine derart hohe private Beteiligung durchsetzen zu können.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Kapitalismus ohne Haftung ist wie Sozialismus, nur ineffizienter und ungerechter.

Prof. Dr. Tim Krieger Lehrstuhlvertretung für Institutionenökonomie, Phillips-Universität Marburg:

Gewinne privatisieren, aber Verluste sozialisieren, ist weder ordnungspolitisch noch unter Gerechtigkeitsaspekten richtig. Insofern müssen die (Alt-)Eigentümer beteiligt werden. Allerdings muss es zur Aufrechterhaltung der Stabilität des Bankensektors zu einer Rekapitalisierung gefährdeter Banken kommen.

Prof. Dr. Siegfried Franke Abteilung theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Stuttgart:

Im Prinzip ja, allerdings mussten die Banken in der Vergangenheit kein Eigenkapital für Staatspapiere vorhalten. Und: Sie wurden am Anfang der griechischen Finanzkrise auch politisch gedrängt, sich noch stärker zu beteiligen. Daher ist den Banken anschließend eventuell doch Staatshilfe zu gewähren.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Ja, aber nicht als Sonderopfer, sondern im Rahmen einer generellen Umschuldung.

Prof. Dr. Horst Schellhaas Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Wer die höheren Zinsen haben möchte, muss auch das höhere Risiko tragen

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Nur ein spürbarer Schuldenschnitt kann helfen. Aber auf eine freiwillige Beteiligung der Banken zu hoffen, ist naiv. Wie wollen das die Banken denn ihren Aktionären erklären?

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

„Freiwillige“ Verzichte entsprechen Pflichtverletzungen der Manager. Natürlich müssen die Banken beteiligt werden, doch nicht über einen politischen Kuhhandel auf EU-Ebene. In der anstehenden Umschuldung werden sicher Verzichte zwischen 50 und 60 Prozent nötig sein.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Die bisher vereinbarten Regeln reichen aus. Außerdem sind viele europäische Banken tendenziell unterkapitalisiert. Dies würde sich weiter verschärfen, würde die freiwillige Beteiligung erhöht. Vielmehr muss von der Politik und den beteiligten Staaten wieder eine Lage hergestellt werden, nach dem Euro denominateden Staatsanleihen sichere Anlagen sind.



PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Aus ökonomischen Gründen: Nur eine durchgreifende Entschuldung Griechenlands gibt dem Land wieder eine ökonomische Perspektive. Aus Fairness-Gründen: Die Alternative wäre die Kostenübernahme durch den Steuerzahler. Dies wird als unfair empfunden und bringt das europäische Integrationsprojekt in Gefahr.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Ohne größeren Schuldenschnitt kommen die griechischen Finanzen nicht wieder auf einen tragfähigen Pfad zurück. Ein kräftiger Schuldenschnitt ist auch für die deutschen Steuerzahler billiger, weil Griechenland schneller an den Kapitalmarkt zurückkehren kann. Allerdings sollte man dies mit Reformen verbinden.

Dr. Jörg Zeuner Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Erhöhung der Beteiligung des Privatsektors ist ein glaubwürdiger Plan zur Rekapitalisierung der europäischen Banken.

Prof. Dr. Horst Entorf Lehrstuhl für Ökonometrie, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main:

Die bisherigen durch die Insolvenzverschleppung des griechischen Staates ermöglichten Zinserträge liegen deutlich über dem Abschlag von 21 Prozent.

Prof. Dr. Roland Vaubel Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Politische Ökonomie, Universität Mannheim:

Die Abschläge im Markt sind viel größer als 21 Prozent.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die Eigenverantwortlichkeit für Kursverluste ist das erste Gebot im Kapitalmarktgeschäft.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft , Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Ein Begrenzung der Beteiligung kann negative Anreizwirkungen auslösen.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Märkte erwarten ohnehin einen Haircut in dieser Größenordnung. Er wäre auch verkraftbar, zumal große Teile der Staatsschulden Griechenlands ohnehin bereits bei öffentlichen Gläubigern (ESFM, EZB) liegen.



Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Weil wir immer noch in einer Marktwirtschaft sind und Risiken und Erträge zusammen gehören.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Das Problem liegt eindeutig in wiederholtem Politikerversagen (von der Aufnahme bis in die Gegenwart) bei uns und in der dortigen Korruption. Beides wird kleingeredet durch die private Beteiligung, was letztlich auch wieder bedeutet: der Steuerzahler (dann doch lieber über Parlament und Haushalt).

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Ich halte eine Bankenbeteiligung generell - schon aus ordnungspolitischen Gründen - für bedenklich, zumal vor noch nicht allzu langer Zeit eine Insolvenz Griechenlands auch und gerade von EU-staatlicher Seite ausgeschlossen wurde. Zudem ist fraglich, ob eine beliebig hohe "freiwillige" Bankenbeteiligung aus Haftungsgründen des Managements überhaupt möglich ist. Wahrscheinlich ist aber, dass es aus faktischen Gründen, mangels anderweitiger Finanzierbarkeit, zu einer Bankenbeteiligung kommt. Wie hoch diese letzten Endes ausfallen wird, ist auch eine Frage der Möglichkeiten und Notwendigkeiten, betroffene Banken durch den Rettungsschirm zu stabilisieren.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Dies hilft dem Land zu dem gewünschten Neuanfang, zusammen mit der Rückgewinnung von Vertrauen an den Märkten.

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Schon allein deshalb, weil ansonsten weitere, u.U. notwendige "Rettungsmaßnahmen" der Öffentlichkeit nicht zu "verkaufen" sein werden.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Immerhin haben die privaten Banken uns diese Misere ja auch eingebrockt.

Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Warum sollten private Investoren sich zu weniger als 100% beteiligen? Dann lieber die Banken retten, verstaatlichen und abwickeln als pauschal die Griechenland-Investments aller Privatinvestoren nahezu risikofrei zu stellen.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Frage ist doch nur noch, ob es zu einer "ordentlichen" oder "chaotischen" Zahlungsunfähigkeit des Landes kommt. In allen Fällen müssen Investoren große Teile ihrer Investments abschreiben.



Prof. Dr. Stefan Traub Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Bremen:

Ohne Haftung keine disziplinierende Wirkung von Risiken.

Dr. Alexander Schumann Chefvolkswirt, DIHK:

Risiko und Verantwortung müssen Hand in Hand gehen. Finanzinstitute müssen Risiken in ihren Banken angemessen berücksichtigen – viele deutsche Institute haben das schon getan. Bereits vor der Beteiligung privater Gläubiger nach den Beschlüssen vom Juli-Gipfel hatten diese Kursverluste hinzunehmen.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Kern der aktuellen Krise ist nach wie vor der Vertrauensverlust in die Problemlösungsfähigkeit der Regierungen der Euro-Staaten. Falls die PSI neu verhandelt wird, würde sich ein zusätzlicher Vertrauensverlust in die Verlässlichkeit der Politik ergeben. Die Gefahr von weiteren empfindlichen Ansteckungseffekten wäre sehr groß.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Wer Risiken eingeht, muss auch dafür haften.

Dr. Eckhard Wohlers Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut, (HWWI):

Ohne einen drastischen Schuldenschnitt wird Griechenland auf absehbare Zeit wirtschaftlich nicht auf die Beine kommen. Die Zinszahlungen würden das Land überfordern.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Eine höhere Beteiligung der privaten Banken und Versicherungen würde das Risiko mit sich bringen, dass sich private Investoren noch stärker als ohnehin schon bei Investitionen in Staatsanleihen von Peripherieländern zurückhalten werden.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Das würde das Banken-/Versicherungssystem zu sehr belasten.

Prof. Dr. Uwe Walz Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Industrieökonomie, Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt:

Grundsätzlich hat dies nicht die EU, sondern Griechenland zu entscheiden. Und dies hat alle Gründe, wenn schon Haircut, dann einen höheren zu verhandeln.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Der derzeitige Marktwert der griechischen Staatsanleihen sagt alles ...



Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Jeder freiwillige Kauf birgt auch ein Risiko. Sind die Banken gezwungen worden, solche Papiere zu kaufen? Wenn ja, dann sollten die "Zwangauser" ebenfalls beteiligt werden.

Prof. Dr. Michael Ahlheim Lehrstuhl für VWL, insbes. Umweltökonomie sowie Ordnungs-, Struktur- und Verbraucherpolitik, Universität Hohenheim:

Danach kann Griechenland nicht mehr mit privatem Kapital rechnen, da keine private Bank bereit sein wird, ein solches Verlustrisiko noch einmal einzugehen.

Prof. Dr. Paul Schmidt Leiter Centre for Financial Economics, Frankfurt School of Finance & Management:

Selbst bei einer solch höheren Beteiligung erleiden nur wenige Banken Verluste. Große Teile der umlaufenden griechischen Staatsanleihen haben längst die Besitzer gewechselt. Die meisten derzeitigen Halter haben zu Tiefstkursen gekauft und können deshalb einen solchen Haircut verkraften bzw. verlieren damit wenig.

Dr. Justina A.V. Fischer Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Eine schwierige Frage. Die Verantwortung des Privatsektors für die Katastrophe ist allerhöchstens eine mittelbare: Die Entscheidung, Griechenland zum Euro-Staat zu machen, war eine politische, und keine des Privatsektors. Auch die allererste Finanzkrise (2008) wurde durch Verschulden des Staates verursacht (mangelnde Regulierung des und Aufsicht über den Finanzsektor und unrealistische Häuslebaupolitik - dass Menschen (Investmentbanker) gierig sind, ist genetisch bedingt und zutiefst "menschlich"). Man könnte allerhöchstens argumentieren, dass der Privatsektor vom Euro mit am meisten profitiert - dann sollte es in seinem eigenen Interesse liegen, dessen Rettung zu stützen. Aufgrund der Vielzahl der privaten Akteure gibt es jedoch ein Trittbrettfahrerproblem, das der Staat mittels Zwangsabgabe lösen kann. Letztlich wird aber der Privatsektor versuchen, diese zusätzliche "Steuer" auf den Konsumenten abzuwälzen. Das hieße, dass letztendlich doch der Steuerzahler den großen Teil der Last der Rettung trüge - abhängig von der Preiselastizität der Nachfrage.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Es muss ein Signal für die Zukunft geben, dass die privaten Investoren sorgfältige Risikoanalyse betreiben sollen.

Prof. Dr. Xenia Matschke Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik, Universität Trier:

Zweifel habe ich allerdings daran, dass es reichen wird, die Beteiligung "freiwillig" zu halten.

Prof. Dr. Bernd Wilfling Lehrstuhl für Nationalökonomie, insbesondere Wirtschaftstheorie, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Wer sich verspekuliert, muss die Verluste auch selbst tragen.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Wer sein Kapital riskiert, um Rendite zu erzielen, muss auch für den Untergang seiner Anlage haften.



Prof. Monique Ebell, Ph.D. Juniorprofessur für Makroökonomie und Finanzmärkte, Humboldt-Universität zu Berlin:

Grundsätzlich ja, aber dann wird man nur die Bail-out-Notwendigkeit von Griechenland auf einzelne Banken verschieben.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Private haben von Griechenland profitiert (z.B. durch Leistungsexporte dorthin (u.a. Straßenbau), die von Importeuren kreditfinanziert erworben wurden) und darum müssen sie auch an den Lasten beteiligt werden (analog Solidaritätszuschlag in Deutschland).

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Dagegen spricht grundsätzlich gar nichts. Außerdem ist ein höherer Beitrag des privaten Sektors auf den Märkten schon eingepreist. Alle Marktteilnehmer erwarten ihn.

FRAGE

Die EU-Finanzminister haben sich grundsätzlich darauf verständigt, die Finanzkraft des Europäischen Rettungsfonds EFSF von bislang 440 Milliarden Euro zu hebeln. Halten Sie einen solchen Schritt für richtig?

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Die jetzigen Mittel reichen nicht aus, um die anderen Länder neben Griechenland ebenfalls zu stützen.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Hebel haben die Eigenschaft, hohe Chancen bei gleichzeitig hohen Risiken zu bieten. Hohe Risiken sollten aber für die Vermeidung der Insolvenz Griechenlands nicht eingegangen werden.

Dr. Dirk H. Ehnts Am Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg:

Wenn die Verluste sozialisiert werden sollen, dann muss das glaubhaft sein. Wenn die EZB nicht mitspielt, ist das die "second best"-Lösung.

Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Wenn man hebelt, kann man aus 440 Mrd. auch eine Billion machen. So haben die Politiker in den Parlamenten das nicht gesehen und auch die Bevölkerung will das mehrheitlich nicht.



Prof. Dr. Lutz Arnold Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Regensburg:

Ein großer Rettungsfonds OHNE Schuldenschnitt ist ein Fass ohne Boden. Ein großer Rettungsfonds nach einem Schuldenschnitt, der die Überschuldung behebt, ist die adäquate Lösung des Liquiditätsproblems bei der Überwälzung der Restschulden.

Prof. Dr. Jörg Schimmelfennig Lehrstuhl für Theoretische und Angewandte Mikroökonomik, Ruhr-Universität Bochum:

Es sendet das falsche Signal an andere Euro-Länder nach dem Motto, wenn jetzt Griechenland geholfen wird, wird man auch mir eine solche Hilfe nicht verweigern können.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Sonst muss die EZB alleine für spekulative Attacken auf Spanien, Italien oder Frankreich aufkommen und das wird sie in eine sehr schwierige Situation versetzen.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Er erhöht entweder das fiskalische Risiko des ultimativen Geberlandes oder das Inflationsrisiko. Gleichwohl wird er kommen; um den politischen Druck zu vermeiden, in der zweiten Variante.

Prof. Dr. Siegfried Franke Abteilung theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Stuttgart:

„Hebeln“ würde ja bedeuten, dass man der Idee einer „Banklizenz“ für die EFSF nähertritt. Das käme - überspitzt - der Lizenz zum Gelddrucken nahe. Daraus kann nichts Gutes erwachsen.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Die fiskalischen Risiken sind enorm. Es läuft auch darauf hinaus, das Etatrecht der Parlamente auszuhöhlen.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Mit dem Rettungsschirm werden nur die Symptome bekämpft, aber nicht die Ursachen. Deshalb sollte man das Volumen so gering wie möglich halten.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Und welche Sau wird als nächste durchs Dorf getrieben? Schwergewichte wie Spanien und Italien? Wer soll die retten?

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Es erleichtert m.E. nur die verschwenderische Herauszögerung der Umschuldung.

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Das wird das Ende des Euros als stabile Währung einlauten.



Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Es muss alles getan werden, um die Lage zu beruhigen und zu stabilisieren. Außerdem kann es nicht angehen, dass die EZB die ganze Last der Lage mit dem Ankauf von Staatsanleihen gefährdeter Länder schultern muss.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Es müssen glaubwürdige Instrumente entwickelt werden, um eine Ansteckung Italiens im Fall eines griechischen Default zu vermeiden.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Die Ausweitung ist richtig, weil sich die Schuldenkrise verschärft hat. Bei einem weiteren Übergreifen auf größere Länder wie Italien reicht aber auch das größere Volumen nicht aus

Dr. Jörg Zeuner Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Solange die Kreditwürdigkeit der Kernländer unberührt bleibt und die Kompetenzen des EFSF so weit ausgedehnt werden, dass Interventionen in den Primärmarkt für Staatsanleihen und die Rekapitalisierung von Banken möglich werden, ist eine Erhöhung der EFSF-Kapazitäten sinnvoll.

Prof. Dr. Horst Entorf Lehrstuhl für Ökonometrie, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main:

Man scheint aus den negativen Erfahrungen der Finanzkrise bei der Tranchierung von Risiken à la CDO wenig gelernt zu haben.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft , Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Auch die Hebelung hätte negative Anreizwirkungen.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Damit vervielfachen sich die Risiken für den Steuerzahler. Die Staaten sollten nicht mit den gleichen Instrumenten hantieren, mit denen die Banken schon die Finanzkrise 2008 wesentlich mitverursacht haben.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik , Universität Potsdam:

Es ist der gemeinsame und endgültige Vertragsbruch bzgl. der Unabhängigkeit der EZB und einer "unpolitischen" unfiskalischen Geldversorgung. Der Vorschlag kommt scheinbar aus Praktikabilitätsüberlegungen ist aber systempolitisch fatal, d.h. es ist ein weiterer Schritt in eine (eher wenig demokratische) Fondswirtschaft und damit zum "Dritten Weg" französischer Provenience.



Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Es wird nicht anders gehen, weil der bisherige Betrag kaum reichen wird.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Die Hebelung verringert endgültig den Anreiz zur Wiederherstellung solider öffentlicher Finanzen, nicht nur in Griechenland. Und es sei daran erinnert, dass die Auswüchse bei der Hebelung durch Banken die globale Finanzkrise 2007/08 alimentiert hatten.

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Dies würde ohne ein glaubhaftes "Exit-Verfahren" langfristig starke negative Anreizeffekte und mithin hohe Nachfolgekosten nach sich ziehen.

Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Diese Maßnahmen verzögern lediglich die notwendigen Anpassungsmaßnahmen, so schmerzhaft sie auch sind.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Hebelung ist eine Einladung an die Investoren, soweit möglich ihre "bad assets" auf Kosten der Steuerzahler loszuwerden. Dies dürfte der teuerste Versuch zur "Lösung" der Schuldenkrise sein.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Als Notfallinstrument ist dies akzeptabel. Eine weitere Aufstockung der Garantien würde das Rating der garantiegebenden Länder (z. B. Frankreich) gefährden.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Zu hohe Risiken werden per Salamtaktik aufgebaut.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Der Rettungsschirm gibt nach wie vor die falschen Anreize. Erst nach Einführung verbindlicher Verhaltensregeln kann man über solch ein Instrument nachdenken.

Dr. Eckhard Wohlers Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut, (HWWI):

Der vorgesehene Hebel würde die Probleme nicht lösen. Er würde unkalkulierbare finanzielle Risiken für die EWU-Länder bringen. Er wäre zudem ein weiterer Schritt zu einer - im Maastricht-Vertrag ausdrücklich ausgeschlossenen - Transferunion.



Dr. Marco Bargel Chefvolkswirt, Postbank AG:

Eine Hebelung würde nur weitere Risiken für die Garantiegeber mit sich bringen oder das Problem der Staatsfinanzierung aus der Notenpresse verschärfen.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Es ist offensichtlich, dass die Mittel der erweiterten EFSF nicht ausreichen würden, falls Länder wie Spanien und Italien finanzielle Unterstützung benötigen. Insofern ist es nicht nur für die Finanzmärkte wichtig, Klarheit zu schaffen, indem die EFSF so flexibel wie möglich eingesetzt werden kann. Eine Hebelung sollte allerdings nur im Rahmen einer Versicherungslösung geschehen, in der die EFSF als Anleiheversicherer auftritt.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Wer Bären jagt, kann nicht mit Pfeilen werfen. Es muss schon die richtige Waffe her.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Das eingesetzte öffentliche Geld sollte mit der größtmöglichen Effizienz eingesetzt werden.

Prof. Dr. Paul Schmidt Leiter Centre for Financial Economics, Frankfurt School of Finance & Management:

Dies birgt unwägbare zusätzliche Risiken. Die politischen Entscheidungsträger haben keine Ahnung, auf welches Glatteis sie sich damit begeben. Ich sehe vor allem die Gefahr, dass Deutschland schon 2012, spätestens 2013 sein Triple-A-Rating verlieren könnte. In einem solchen Fall gäbe es für alle angedachten Rettungsaktionen keinen wirklich stabilen Haupt-Garantiegeber mehr.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Der Hebel wird eine perverse Anreizfunktion bei den Anlegern erzeugen: Sie werden ihre europäischen Anleihen unter den Schirm bringen wollen und damit die Lage verschärfen. Danach müsste der Hebel gehebelt werden... Am Ende des Prozesses steht Inflation bei unveränderten Strukturproblemen.

Prof. Dr. Xenia Matschke Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik, Universität Trier:

Ich stehe insgesamt den ständigen Erweiterungen und Änderungen des Rettungsschirms skeptisch gegenüber. Es kommt zumindest in der Öffentlichkeit so rüber (und es wäre schön, wenn es nicht der Wahrheit entspräche), dass immer noch kein klares Konzept besteht, wie die Krise dauerhaft bewältigt werden kann.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Aber nur, wenn zugleich klare Regelungen (mit wirksamen Sanktionen) beschlossen werden, die einen Rückgriff auf die EFSF schmerzhaft machen.



Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

In der jetzigen Konstruktion schwebt mir der EFSF - den ich grundsätzlich für richtig halte - zu sehr im "freien Raum" zwischen EU-Regierungen, EU-Kommission und EZB, um ihm derartig weitreichende Kompetenzen zuzugestehen. Eine Voraussetzung zum Einsatz von Hebeln wäre für mich die stärkere Berücksichtigung von demokratischen "checks and balances" in der Konstruktion des EFSF.

FRAGE

Welche Maßnahme wäre besonders geeignet?

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Es ist nicht entscheidend, welchen Weg man genau geht. Vermutlich wird es eine Mischung von verschiedenen Maßnahmen sein.

Dr. Dirk H. Ehnts Am Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg:

Je geräuschloser das ganze hinter den Kulissen abläuft, desto besser. "Quantitative Easing" durch die EZB wäre mein Favorit. Die Briten haben es vorgemacht.

Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Jegliche Maßnahme außer einer Insolvenz Griechenlands verschleudert noch mehr Geld der Steuerzahler. Jetzt ein Ende mit Schrecken für Griechenland, dann werden auch andere Staaten von der Schuldenmacherei abgeschreckt.

Prof. Dr. Jörg Schimmelpfennig Lehrstuhl für Theoretische und Angewandte Mikroökonomik, Ruhr-Universität Bochum:

Eine Lösung wäre weiterhin, Griechenland aus dem Euro zu entlassen und Konkurs machen zu lassen.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Keine der vorgeschlagenen Optionen sollte in Erwägung gezogen werden.

Prof. Dr. Horst Schellhaab Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Eine Insolvenz Griechenlands ist eine ursachengerechte Lösung.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Es sollte gestaffelte Garantien für die Einlagen von Privaten, kleinen Firmen und großen Firmen, geben.



Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Nur eine Umschuldung wird das Problem lösen.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Eine weitere Aufstockung des EFSF scheint mir politisch schwer durchsetzbar und eine Banklizenz zu nahe an der Notenpresse. Deshalb die Tendenz zu Anleihekäufen über eine Zweckgesellschaft sowie die Verbriefung von Verlusten privater Investoren.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Alternativ denkbar wäre eine Liquiditätsbereitstellung für Banken sowie konjunkturelle Impulse für Griechenland durch die EU im Gegenzug für Reformen.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Denkbare Szenarien umfassen: Austritt aus dem Euro und Rückkehr in das EWS II; Verpfändung von griechischem Staatsbesitz zur Stützung der Altschulden; Verbot von griechischem Kapitalexport; 20 v.H. Steuer auf die Kapitalexporte in den letzten 12 Monaten - wenn das Geld/Kapital nicht innerhalb von zwei Monaten nachweislich nach Griechenland zurückfließt. Streng verfolgte Korruptionsverfahren.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Eine weitere Maßnahme wäre eine Versicherungslösung mit der EFSF als Anleiheversicherer.

Prof. Dr. Paul Schmidt Leiter Centre for Financial Economics, Frankfurt School of Finance & Management:

Keine weitere Maßnahme sollte ergriffen werden: Solidarität muss Grenzen haben, die dort zu ziehen sind, wo durch immer exzessivere Finanzhilfen ohne greifbare Erfolge bei den Schuldnerstaaten (wie Griechenland) die Kreditwürdigkeit und die Glaubwürdigkeit der solideren Länder der Euro-Zone selbst in Gefahr gerät.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Zweckbindungen kreditfinanzierter Staatsausgaben, Evaluation von geplanten Projekten durch eine übernationale Experten gruppe mit Vetoempfehlungsrecht

FRAGE

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer treibt Pläne für die Einführung einer Pkw-Maut voran. Die Mittel sollen vollständig in den Straßenbau fließen. Halten Sie die Einführung einer Pkw-Maut für richtig?



Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Es ist längst überfällig, die Mittel für den Straßenbau zu erhöhen und daran auch die Verursacher (inkl. ausländischer Nutzer) zu beteiligen.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Die Pkw-Maut sollte bei Inländern mit der Kfz-Steuer verrechnet werden. Neue Mittel kämen dann nur über die Zahlungen der Ausländer. Diese dürften aber nicht besonders viel sein.

Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Der Sommer ist vorbei, das Sommerloch muss nicht mehr gefüllt werden. Pläne, den Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen, gibt es genug. Das gesamte Steueraufkommen im Bereich Verkehr (von Mineralöl- über Kfz- bis zur Mehrwertsteuer liegt schon über 40 Mrd. EUR, von denen nur ca. 16 Mrd. EUR im Straßen- und Verkehrswegebau und der Straßenunterhaltung landen. Steuern sind ohnehin frei verfügbar, die Verwendung im Straßenbau wird doch nicht kontrolliert.

Prof. Dr. Jörg Schimmelpfennig Lehrstuhl für Theoretische und Angewandte Mikroökonomik, Ruhr-Universität Bochum:

Die Einnahmen sollten in das Substitut, also öffentlichen Personenverkehr, fließen. Es in Straßen zu investieren, hieße, nur zusätzlichen PKW-Verkehr zu generieren.

Prof. Dr. Tim Krieger Lehrstuhlvertretung für Institutionenökonomie, Phillips-Universität Marburg:

Eine Lenkungswirkung wird nur mit einer nutzungsabhängigen Abgabe erzielt.

Prof. Dr. Siegfried Franke Abteilung theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Stuttgart:

Diese Frage kann ich nicht beantworten, weil ich die Maut für völlig verfehlt halte, aber das ist ein anderes Thema. Wen es interessiert: S. F. Franke: Kraftfahrzeug-Besteuerung in der Europäischen Union - Ein Beitrag zum Umweltschutz, in: Ansgar Belke u.a. (Hrsg.): Wirtschaftspolitik im Zeichen europäischer Integration [Festschrift für Wim Kösters], Berlin 2009, S. 39-68

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Das wäre ein Schattenhaushalt, wie ihn die Finanzwissenschaft seit jeher ablehnt. Auch wenn das Ding Maut genannt wird, ist es eigentlich nur eine Erhöhung der PKW-Steuer.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Es ist ein Weg, um auch die ausländischen Nutzer an der Finanzierung der Autobahnen zu beteiligen.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

In vielen Nachbarländern zahle ich schon lange Maut, wenn ich deren Straßen nutze. Aber die Inländer müsste Herr Ramsauer aufkommensneutral entlasten.



Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Der Straßenbau kann (durch Umschichtungen) aus dem vorhandenen Haushalt finanziert werden.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Die Steuern sind bereits hoch genug, daraus sollte der Straßenbau finanziert werden.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Eine kilometerabhängige Maut analog der LKW-Maut wäre richtig. Ramsauer plant aber eine Autobahn-Vignette mit pauschaler Jahresbelastung. Dies ist unter Lenkungsaspekten unsinnig.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Eine Kfz-Maut ermöglicht eine bessere Finanzierung der Investitionen in den Straßenbau. Allerdings muss die Gegenfinanzierung geklärt werden, da Autofahrer an anderer Stelle entlastet werden sollten.

Dr. Jörg Zeuner Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Eine Zweckbindung von zusätzlichen Einnahmen reduziert den Spielraum in der mittelfristigen Finanzplanung, anstatt ihn zu erhöhen. Daher ist die Maßnahme nicht zu begrüßen.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Der Vorschlag ist nicht neu. Damit einher geht eine Senkung der Kfz-Steuer.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Wer's glaubt, wird selig. Hier geht es in Wirklichkeit um reine Einnahmenbeschaffung. Wenn schon, dann wäre eine Erhöhung der Mineralölsteuer (bei gleichzeitiger Streichung der Kfz-Steuer) wesentlich einfacher und auch ökologisch zielführender.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das wäre vernünftig, wenn es denn aufkommensneutral gestaltet würde. Das wird es aber sicher wieder nicht.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Haushalte (und damit auch Privat-Pkw) sind wie Unternehmer zu betrachten, d.h. die Mautgebühren sollten abzugsfähig bei der Steuer sein - dieses wird nicht passieren. Es ist nur eine weitere Steuererhöhung - und Schädigung der Wettbewerbsfähigkeit - letztlich zugunsten der Folgen der Korruption im Euro-Raum. Die Politik hat früher die Infrastruktur verkommen lassen - zugunsten



ihrer ökonomisch umstrittenen, politisch zu schnell gewollten Ziele. Der Haushalt ist umzuschichten.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Allerdings müssten die jetzt über die Mineralölsteuer und Kfz-Steuer eingetriebenen Mittel für den Straßenbau an die Pkw-Fahrer zurückgegeben werden.

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Die Umsetzungs-/Eintreibungskosten erschienen mir relativ/übermäßig hoch zu sein. Nichtsdestoweniger sollte (über andere Mittelverwendungen/-umschichtungen) verhindert werden, dass die Infrastruktur in Deutschland "kaputtgespart" wird.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Der Vorschlag ist zu begrüßen, falls parallel die Kfz-Steuer gesenkt wird.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Da es offensichtlich einen großen Investitionsstau im Straßenbau gibt, der offensichtlich nicht mehr mit Steuermitteln behebbar ist, scheint es wohl keine andere Lösung mehr zu geben.

Prof. Dr. Stefan Traub Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Bremen:

Die Maut ist o.k., wenn gleichzeitig die Kfz-Steuer abgeschafft wird.

Dr. Alexander Schumann Chefvolkswirt, DIHK:

Eine Pkw-Maut, die zu mehr Straßenbaumitteln führen würde und die durch eine Abgabensenkung an anderer Stelle kompensiert würde, ist nicht realistisch. Die Haushälter werden dabei nicht mitziehen. Am Ende drohen unverändert niedrige Straßenbaumittel bei höherer Belastung der Autofahrer. Diese bittere Erfahrung mussten die Transportunternehmen bereits bei Einführung der Lkw-Maut machen. Bevor über neue Finanzierungsformen nachgedacht wird, sollte der Bund zunächst einen strategischen Ausbauplan mit verbindlichen Zeitvorgaben für die Sanierung des Bestandsnetzes und die Beseitigung von Engpässen vorlegen.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Der Vorschlag würde in Richtung nutzungsabhängige Kostenbeteiligung gehen.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Das ist eine implizite Steuererhöhung!



Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Mit einer Mineralölsteuererhöhung könnte man ökologisch gezielter und viel billiger die gewünschten Einnahmen erzielen.

Dr. Eckhard Wohlers Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut, (HWWI):

Eine Pkw-Maut könnte durchaus sinnvoll sein, allerdings sollte sie nicht zusätzlich zu den schon bestehenden Abgaben (Kfz-, Mineralölsteuer) erhoben werden, sondern diese teilweise ersetzen. Ein Problem liegt aber in der Verteilung, denn die dem Bund aus der Maut zufließenden Mittel dürften nicht nur vom Bund für das bundeseigene Straßennetz verwendet werden, sondern auch für die von Ländern und Kommunen zu unterhaltenden Straßen.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Wer Deutschlands Straßen benutzt, soll auch dafür zahlen; das dürfen nicht nur die Inländer sein. In Zeiten leerer Kassen sind die Autofahrer auch bereit, für ordentliche Straßen zu zahlen, sofern das Geld hoffentlich bestimmungsgemäß verwendet wird.

Prof. Dr. Andreas Löschel Professur für Umwelt- und Ressourcenökonomik, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg:

Eine Pkw-Maut kann eine langfristige Finanzierungsquelle für die Verkehrsinfrastruktur darstellen. Wichtig wäre aber, dass die Maut auslastungsabhängig ausgestaltet wird und die externen Staukosten berücksichtigt.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die Zweckbindung von Gebühreneinnahmen ist hier wirklich nicht zwingend. Die Maut soll und kann der Stauproblematik auf deutschen Straßen ja entgegenwirken. Damit werden bestehende Straßen effizienter genutzt. Einen weiteren Ausbau kann man sich dann möglicherweise sparen.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Aber nur, wenn die Kfz-Steuer abgeschafft wird.

Prof. Dr. Paul Schmidt Leiter Centre for Financial Economics, Frankfurt School of Finance & Management:

Ja, allerdings habe ich Zweifel, was die Kosten der Einführung und Unterhaltung eines solchen Systems sowie die versprochene zweckgebundene Verwendung der Mittel betrifft. Auf jeden Fall brauchen wir ein solches System, um die kostenlose (Ab-)Nutzung unseres Straßennetzes durch ausländische Pkw auf Kosten der deutschen Steuerzahler zu kompensieren.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Eine Ausweitung der Lkw-Maut auf Fahrzeuge ab 3,5 t wäre derzeit die vertretbarere Lösung. Mittelfristig sollte statt der jetzigen Mautlösung eine marktorientierte Bepreisung der Infrastruktur nach Angebot und Nachfrage angestrebt werden.



Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Ein Verwendungsbezug von Staateinnahmen schafft höhere Transparenz.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Eine Pkw-Maut ist einer Erhöhung der Mineralölsteuer im gleichen Ausmaß in vielerlei Hinsicht unterlegen. Das betrifft sowohl ökonomische als auch ökologische Gesichtspunkte, wie z.B. die Belastung der tatsächlichen Fahrleistung, die "Bemautung" aller Straßen, die Belastung von hohem Kraftstoffverbrauch, etc.